

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

319

Wien, am 25. November 1932.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 25. November 1932.

Vorsitzender Weigl eröffnet die Sitzung um 16 Uhr 10.

Es wird die Verhandlung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1931 fortgesetzt.

GR. Dr. Kotzauerek (chr. soz.) bemerkt, aus diesem Rechnungsabschluss ergebe sich ganz deutlich, dass die Mehrheit mit ihrem Latein bereits zu Ende sei. Das Ziel ihrer Verwaltungskunst ist es ja nicht, der Bevölkerung, sondern wie es nur irgendwie geht, der Partei zu nützen. Selbst in der kleinen Verwaltungsgruppe VII zeigt es sich ganz deutlich, dass sich die Mehrheit nur von parteipolitischen Erwägungen leiten lässt. Da ist für die Förderung der Gegenwartskunst ^{der} ohnehin geringe Betrag von 100 Millionen eingesetzt. Aber auch dieser Betrag ist noch nicht zur Gänze verbraucht worden, obwohl bekanntlich gerade die Künstler unter den gegebenen Verhältnissen am schwersten getroffen sind. Die Not der Künstler ist heute schon so gross, dass sie sich entschlossen haben, auf die Strasse zu gehen, und Notgemeinschaften zu bilden. Diese öffentliche Demonstration ist eine laute Anklage gegen die Gemeindeverwaltung, die kein Verständnis für die Künstler hat. Die Not unter den Künstlern hat bereits Formen angenommen, die für die künstlerische Entwicklung der Stadt das Schlimmste besorgen lassen. GR. Dr. Kotzauerek nimmt sodann dagegen Stellung, dass bei der Förderung von Theater- und Musikaufführungen den Löwenanteil die sozialdemokratischen Organisationen erhalten haben, während der christlicher Volksbildung nur der geringe Betrag von 1300 Schilling zugeteilt worden ist. Für die Gewerbeförderung ist trotz der grossen Bedeutung, die der Gewerbestand für die Stadt hat, und trotz seiner traurigen Lage viel zu wenig ausgegeben worden. Es wäre eigentlich am allerbesten, wenn die Gemeinde diese ganze Post streichen und für die Gewerbetreibenden dadurch etwas leisten wollte, dass sie ihre Steuer- und Abgabenpolitik einer radikalen Aenderung unterzieht. Während auf der einen Seite so gespart wird, wird auf der anderen Seite ganz sinnlos Geld ausgegeben. Dies gilt insbesondere von der Gemeindegewache. Die Gemeindegewache wurde nur deshalb geschaffen, weil die Mehrheit nach dem von ihr begangenen Juliverbrechen das Bedürfnis hatte eine eigene Organisation zur Verfügung zu haben, welche man letzten Endes auch gegen die Wiener Bevölkerung vorgehen lassen wollte. Es soll hier nicht des näheren über die qualitative Beschaffenheit der aus dem Schutzbund hervorgegangenen Gemeindegewachleute gesprochen werden. Tatsache ist aber, dass die starke Verminderung der Gemeindegewache seit 1927 nicht nur darauf zurückzuführen ist, dass ein grosser Teil der Gemeindegewachleute in den ordentlichen Gemeindediensten übernommen wurde, während andere Bewerber draussen bleiben müssen, sondern dass eine erkläreckliche Anzahl der Gemeindegewachleute, wenn auch unfreiwillig, ihre Betätigung in ein anderes Gebäude nicht weit von hier verlegen mussten. Die Gemeindegewache wurde auch nicht zum geringsten Teil deshalb verringert, weil man sie der Wiener Bevölkerung möglichst wenig sichtbar werden lassen will. Die Wiener Bevölkerung gerät ohnehin immer in Rage, wenn sie einen Gemeindegewachmann sieht. Heute kann man die Gemeindegewachleute abgesehen von ihrer scheinbar ausserdienstlichen Verwendung als Claqueure im Wiener Gemeinderat nur mehr sehen in den Fürsorgeinstituten, im Wohnungsamt und in den Vorräumen der amtsführenden Stadträte, überall dort also, wo Gefahr besteht, dass die in den breiten Volksmassen angesammelte Erbitterung sich in einer sehr unangenehmen Weise Luft machen könnte. Zu diesem Zweck brauchen wir wohl keine Ge-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

meindewache. Die öffentlichen Institute und Anstalten waren nie gefährdet. Die Erbitterung des Volkes richtet sich nicht gegen den einzelnen Gemeindevachmann, sondern gegen diejenigen, die die Gemeindevachleute schützen sollte. Wir brauchen keine Leib- und Schutzgarde für die Herren des Wiener Rathauses. Wenn sie wirklich in Angst und Sorge leben, so mögen sie anstatt eine Schutzwache aufzustellen, die Stätte ihrer so verderblichen, die Bevölkerung aufreizenden Tätigkeit verlassen. Von 1927 bis 1931 sind fast 12 Millionen für die Gemeindevache ausgegeben worden. Mit diesem Betrag hätte man so manches Elend, insbesondere auf dem Gebiete der Fürsorge mildern können. Dabei hat man es noch für notwendig gehalten, für diese sinn- und zwecklose Gemeindevache eine eigene Kaserne anzuschaffen, man hat für diesen Zweck ein Fabriksgebäude im X. Bezirk erworben. Was geschieht jetzt mit dieser Kaserne? Wir vermuten stark, dass sie ein Stützpunkt für den Schutzbund, ein Arsenal für die heiligen Waffen des Herrn Bürgermeisters bilden soll. Einem Rechnungsabschluss, in dem eine Ausgabenpost für die Gemeindevache enthalten ist, können wir unsere Zustimmung nicht geben (Lebh. Beifall b. d. Chr. soz.)

au GR. Ing. Hölzl (nat. soz.) bezeichnet es als das einzig erfreuliche dieser Verwaltungsgruppe, dass an der Feuerwehr fast nichts erspart wurde. Allerdings wurde auch hier eine Ersparnis gemacht, die Bedenken erregen muss, nämlich an den Dienstkleidern der Feuerwehr eine Ersparung, die nichts anderes als einen verkappten Lohnabbau darstellt. ^{Der} Redner wendet sich sodann dagegen, dass der für die Kunstförderung präliminierte ohnehin geringe Betrag bei weitem nicht ausgegeben wurde. So erleben wir das Schauspiel, dass neben anderen Berufsgruppen auch die Künstler auf die Strasse gehen müssen, um zu sagen, dass sie hungern und dass sie Brot und Arbeit haben wollen. Es ist für eine Kunststadt wie Wien ein trauriges Zeichen, wenn schon die Künstler auf die Strasse gehen müssen. Andererseits wird Geld für sehr sonderbare Zwecke ausgegeben. So für Theater- und Musikaufführungen bestimmter Organisationen zweifelhafter Art, die von fremden Juden geleitet werden, ^{welche} nach Wien kommen um blöde, falsche verkehrte Musik zu verzapfen, blödsinnige Reime vorzutragen. Diese hergelaufenen Juden aus Polen und Amerika werden mit ungeheuren Summen dotiert. Man päppelt Parteiorganisationen hoch und schafft sogar neue solche Organisationen, um auf diesem Weg Subventionen geben zu können. [Das Gewerbe sollte gefördert werden, um es mit dem Ausland konkurrenzfähig zu machen. Statt dessen wird es proletarisiert, denn die Sozialdemokraten wollen nur grosse Fabriksherrn und Proletarier. Dafür werden dem Bürgermeister für besondere Ausgaben 12.000 Schilling im Jahr bewilligt. Ueber das Kapitel der Gemeindevache ist schon oft gesprochen worden. Im Jahre 1927 wurde Wien vom Pöbel und Janhagel, von Plünderern und Brandstiftern heimgesucht und aus dem Kreise dieser Menschen wurde eine Wache aufgestellt, der das Eigentum der Gemeinde Wien anvertraut wurde. Nun haben die Sozialdemokraten anscheinend selbst eingesehen, dass das Volk zu dieser Wache kein Vertrauen hat, und haben daher ihre Zahl verringert und ihren Fahrpark der Feuerwehr übergeben. Aber an drei Stellen ist die Gemeindevache sichtbar, bei den Stellenlosenämtern, bei den Fürsorgeämtern und im Wohnungsamt, also überall dort, wo die Aermsten der Armen ihr Recht suchen. Die Gemeindevache hat nur den Zweck, diese armen Teufel von den Bonzen abzuhalten, damit deren Ruhe nicht gestört wird, Dieser Zweck rechtfertigt keineswegs den Bestand der Gemeindevache, Daher muss sie weg. Der Redner wünscht eine Aufklärung über die Post von 8200 Schilling für alte verkaufte Monturen der Feuerwehr. Es scheint, dass auf diesem Umwege der Schutzbund zu

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

neuen Monturen gekommen ist, damit er seine dunklen Ziele weiter verfolgen kann. Bei den Einbürgerungen werden andauernd mit besonderer Vorliebe Juden Czechen, Polen und Rumänen bevorzugt, während Leute aus der österreichischen Provinz nach wie vor abgewiesen werden. Auf diese Weise wird eine Fabrik von sicheren Wählern geschaffen, um Wien jüdisch zu machen. (Beifall bei den Nat. soz. - GR. Beisser (soz. dem.) : Sie selbst haben für einen Juden gestimmt ! - Gegenrufe bei den Nationalsozialisten. - GR. Weikert (nat. soz.) : Wohnungsschieber ! - GR. Beisser: Sie sind ein Lügner, ein Schuft ! - Andauernde Zwischenrufe.)

STR. Honay (soz. dem.) führt aus, dass die Gemeinde nicht das geringste Ersparnis erzielen könnte, selbst wenn die Gemeindegewache aufgelöst würde. Die Gemeindegewache versieht gegenwärtig einen äusserst schwierigen und verantwortungsvollen Dienst (Rufe bei den Nat. soz. : Wo ?) in den Fürsorgeämtern, in den Arbeitslosenämtern und im Wohnungsamt und erhalte es für seine Pflicht, ihr für diesen schwierigen Dienst den Dank des Gemeinderates auszusprechen (Lebhafter Beifall bei den Soz. dem. - Zwischenrufe bei den Nat. soz.) Die Gemeindegewache wurde deshalb verringert, weil nach dem Strassenpolizeigesetz gewisse Dienstleistungen, die sie versehen hatte, entfallen sind. ^{der Behauptung} Gegenüber dem GR. Dr. Kotzaurek, dass für die Gemeindegewache im 10. Bezirk durch Adaptierung eines Fabriksgebäudes eine Kaserne geschaffen worden sei und dass dieses Gebäude jetzt völlig unbenutzt sei, stellt der Redner fest, dass dieses Gebäude seit vielen Monaten als Obdachlosenasyll benützt wird. (Hört-Hört-Rufe bei den Soz. dem.) Die Behauptung, dass die Gemeindegewache eine Leibgarde der Stadträte bildet, ist absolut unrichtig. Es gibt keinen einzigen amtsführenden Stadtrat, der in seinem Vorzimmer eine solche Gardebrauchte. Wenn hier über die Not der Künstler gesprochen worden ist, so gibt es wohl niemand in diesem Saal, der von dieser Not nicht ergriffen würde. Es müsse jedoch festgestellt, dass es in dieser Republik nur die Gemeinde Wien ist, die wirklich praktische Kunstförderung treibt. (Lebhafter Beifall bei den Soz. dem. - Rufe bei den Nat. soz. : Für die Juden !) Gerade die Herren von der christlichsozialen Minderheit sollten uns sagen, was der Bund in den letzten Jahren für die Künstler getan hat. Im Künstlerhaus sei jetzt Gelegenheit, wirkliche Kunstförderung durch die Stadt Wien in Augenschein zu nehmen. Auch er ist der Meinung, dass die Gemeindeverwaltung für die Gewerbebeförderung viel mehr tun sollte, aber auch das ist eine Frage der Finanzen. Die Opposition bemängelt auf der einen Seite, dass die Gemeindeverwaltung die Steuern nicht ermässigt und rücksichtslos eintreibt, auf der anderen Seite sind ihr aber alle Ausgaben zu niedrig. GR. Dr. Kozaurek hat bemängelt, dass die soz. dem. Kunststelle von den 79.000 Schilling zur Förderung von Theater - und Musikaufführungen für Arbeiter und Angestellte 52.000 Schilling bekommt. Der Redner stellt fest, dass hier ein Aufteilungsschlüssel einvernehmlich festgesetzt, nach der Zahl der Veranstaltungen und nach der Zahl der Mitglieder der einzelnen Kunststellen errechnet worden ist, und dass bisher keinerlei Reklamationen über die Verteilung erhoben wurden. Wenn insbesondere die Subvention von 1000 Schilling an die Freie Typographie erwähnt worden sind, so ^{müssen} wir es dieser Vereinigung von Arbeitersängern sagen, dass gerade sie auf einem ungemein künstlerischen Niveau steht (Zustimmung bei den Soz. dem.), und wir als Arbeiterpartei

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am

uns freuen sollen, dass diese Vereinigung im letzten Jahre folgende überaus wertvolle Aufführungen veranstaltet hat: Beethoven, Neunte Symphonie 9 mal, Mahler, Achte Symphonie, 4 mal, Haydn, Schöpfung, 6 mal, Jahreszeiten, 4 mal, Händel, Alexanders fest, 2 mal, davon im Radio einmal, Mendelsohn, Erste Walburgisnacht, 5 mal, davon im Radio einmal, Korda, Stunde der Befreiung, 3 mal, Knöchel, Eiserne Welt, 2 mal. Was die Anfrage des GR. Hölzl über den Verkauf von Altkleidern = nicht der Feuerwehr, sondern der Gemeindegewache, - betrifft, so wurden diese alten Monturen, weil sie nicht mehr gebraucht werden, dem Wirtschaftsamt überwiesen, das sie verkauft hat. Bezüglich der von dem selben Redner bemängelten angeblichen verkappten Gehaltskürzung der Feuerwehr stellt Redner fest, dass die Feuerwehr eine so rührige um die Interesse ihrer Mitglieder so besorgte Interessenvertretung hat, dass sich diese irgend eine verkappte Beschränkung ihrer Bezüge sicherlich nicht gefallen liesse. Es sind auch über die Dienstkleidung der Feuerwehr keine Beschwerden eingelaufen. Zu der Kritik des selben Redners an der Kunstförderung der Gemeindeverwaltung bemerkt der Redner, dass es dieser hauptsächlich auf die künstlerische Leistung ankomme (Beifall bei den Soz. dem.), ohne Rücksicht auf die Konfession der Künstler. Auch die Bemängelungen der Einbürgerungen sind sicherlich übertrieben, denn der nationalsozialistische Vertreter nimmt Gelegenheit, vor jeder Sitzung des zuständigen Ausschusses die Heimatsrechtakte durchzusehen, und wenn er berechnigte Anstände zu erheben hätte, so hätte er sie sicherlich vorgebracht. (Lebhafter Beifall bei den Soz. dem.)

Damit ist die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe VII beendet.

Bei der Abstimmung wird der Rechnungsabschluss für das Jahr 1931 genehmigt, die Berichte des Rechnungshofes und des Kontrollamtes werden zur Kenntnis genommen, der Resolutionsantrag Ulreich betreffend Abänderung des Bauvertrages mit den Siedlern auf dem Wolfersberg wird abgelehnt.

Hierauf wird in die Beratung über die Rechnungsabschlüsse der städt. Unternehmungen für das Geschäftsjahr 1931 eingegangen.

Berichterstatter ist Vizebürgermeister Emmerling. Es führt bezüglich der Gaswerke aus, dass der Gasabsatz im abgelaufenen Verwaltungsjahr trotz der Wirtschaftskrise eine bemerkenswerte Festigkeit gezeigt hat die sich aus der weitgehenden Unentbehrlichkeit des Gases im Wirtschaftsleben Wiens erklären lässt. Die Gaserzeugung ist gegenüber dem Vorjahre um rund 9 Millionen Kubikmeter (2.81 Prozent) gestiegen. Der Koksabsatz war befriedigend ; auch bei den übrigen Nebenprodukten bewegte sich der Absatz in dem erwarteten Ausmass. Das Geschäftsjahr schliesst mit einem Gebarungüberschuss von 265.000 Schilling. Infolge der vorzeitigen Abschreibungen in Anwendung des Investitions-Begünstigungsgesetzes im Betrage von rund 3.5. Millionen Schilling weist die Bilanz einen Gebarungsabgang von rund 3.3 Millionen aus.

Ueber die städt. Elektrizitätswerke führt der Referent aus, dass im Berichtsjahr die Menge des selbsterzeugten Stromes und des Fremdstrombezuges gegen das Vorjahr um rund 21 Millionen Kilowattstunden (3.7 Prozent) geringer gewesen ist. Von der Stromerzeugung waren 58.4 % Wasserkraftstrom, 41.6 Prozent kalorischer Herkunft. Der Anteil der Inlandskohle an der kalorischen Erzeugung beträgt 31.3 Prozent, der Auslandskohle 10.3 Prozent des gesamten Strombedarfes. Durch inländische Kraftquellen waren somit 89.7 Prozent des Strombedarfes gegenüber 73.3 Prozent im Vorjahr

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

gedeckt. Das Gesamtunternehmen (Wiener Zentrale und Ueberlandzentrale Ebenfurth) schliesst mit einem Gebarungsüberschuss von rund ^{494.000} Schilling. Bei Berücksichtigung der vorzeitigen Abschreibungen gemäss dem Investitionsbegünstigungsgesetz bei der Wiener Zentrale und bei der Ueberlandszentrale im Gesamtbetrage von 9.9 Millionen Schilling und bei Berücksichtigung der Rücklage von 4.9 Millionen Schilling bei der Wiener Zentrale, beträgt der gesamte Gebarungsabgang 14.3 Millionen Schilling gegenüber 23.7 Millionen Schilling im Vorjahre.

Von den städtischen Strassenbahnen berichtet Vizebürgermeister Emmerling, dass das Geschäftsjahr der Strassenbahnen durch einen weiteren Rückgang der Frequenz gekennzeichnet ist. Die Personenbeförderung des gesamten Betriebes war um 27.2 Millionen Fahrgäste (4.4 Prozent) geringer als im Vorjahr; die Wagennutzleistung ist um 6.7 Millionen Kilometer (4.3 Prozent) gesunken. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet entfallen von Strassenbahn und Stadtbahn auf einen Einwohner durchschnittlich rund 376 Fahrten im Jahr, also um 15 Fahrten oder um 3.8 Prozent weniger als im Jahre 1930. Der Fahrgästeausfall ist grösser, als die Strassenbahndirektion erwartet hat. Im Wirtschaftsplan waren die Einnahmen aus der Personenbeförderung bei Strassenbahn und Stadtbahn mit 133.2 Millionen Schilling angenommen, tatsächlich sind jedoch nur 130.5 Millionen Schilling eingenommen worden. Der Durchschnittsfahrpreis ist von 22.9 Groschen auf 22.7 Groschen zurückgegangen. Unter solchen Umständen waren die Strassenbahnen zu neuerlichen Sparmassnahmen gezwungen. Diese haben es ermöglicht, die gesamten Nettoausgaben pro Fahrgast des Strassenbahn- und Stadtbahnbetriebes von 24.7 Groschen auf 24.01 Groschen (2.8 Prozent) herabzusetzen. Trotz namhaften Ersparungen und der damit erreichten Senkung der Gesamtausgaben um 9.7 Millionen Schilling ist dennoch das Betriebsergebnis bloss um 3.8 Millionen Schilling verbessert worden, weil der Einnahmenausfall 5.9 Millionen Schilling beträgt.

Beim Autobusbetrieb ist die Personenbeförderung um 1.2 Prozent grösser gewesen als im Vorjahr; die Einnahmen waren um 3 Prozent höher. Durch ökonomische Betriebsführung ist es gelungen, den Gebarungsabgang wesentlich zu verringern. Es betrug im Jahre 1931 0.4 Millionen Schilling gegenüber 0.9 Millionen Schilling im Jahre 1930 und gegenüber 1.8 Millionen Schilling im Jahre 1929.

Die Bilanz der gesamten Unternehmung (Strassenbahn, Stadtbahn, Autobus) ergibt einen Gebarungsabgang von 7.9 Millionen Schilling gegenüber 11.7 Millionen Schilling im Vorjahre. Infolge vorzeitiger Abschreibungen durch Anwendung des Investition- und Begünstigungsgesetzes im Betrage von 3.1 Millionen Schilling ergibt sich ein Gebarungsabgang von 4.8 Millionen Schilling gegenüber rund 3 Millionen Schilling im Jahre 1930.

Gleich wie in der gesamten übrigen Brauindustrie Oesterreichs ist auch beim Brauhaus der Stadt Wien im Berichtsjahr der Bierabsatz zurückgegangen. Die Erzeugung ist um rund 96.000 Hektoliter (24.3 Prozent), der Verkauf um rund 74.000 Hektoliter (20.3 Prozent) geringer gewesen als im Vorjahr. Die Bilanz schliesst mit einem Gebarungsüberschuss von 703.000 Schilling. Der Gebarungsüberschuss der Leichenbestattungsunternehmung beträgt rund 101.000 Schilling, der Gebarungsüberschuss der Gewista rund 114.600 Schilling. Die städt. Unternehmungen haben auch im abgelaufenen Verwaltungsjahr bei ihren Aufträgen in erster Linie das Inland berücksichtigt und Aufträge an das Ausland nur im Falle der Unvermeidlichkeit und mit besonderer Bewilligung vergeben. (Beifall bei den Soz. dem.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am

GR. Holaubek (chr. soz.) erinnert daran, dass die städtischen Unternehmungen, die in ihrer Gesamtheit mit Ausnahme der G-wista Schöpfungen des Volksbürgermeisters Lueger sind, unter christlichsozialer Verwaltung durchaus eine aktive Gebarung hatten. Der christlichsoziale Kampf um diese Unternehmungen war gleichzeitig ein Kampf gegen die Ueberwucherung des Auslandskapitals und man muss sich sehr wundern, dass diese Unternehmungen, die als soziale Einrichtungen der Kommune gedacht waren, heute wieder nach rein kapitalistischen Grundsätzen verwaltet werden. Nur drei weniger bedeutungsvolle Unternehmungen haben heute einen Gebarungsüberschuss, es sind das bezeichnenderweise die Unternehmungen, bei denen es sich um den Alkohol und um das Sterben handelt. Alle anderen Unternehmungen haben Gebarungsabgänge, trotz des weitaus grösseren Betriebsumfanges den heute alle Unternehmungen gegenüber der christlichsozialen Zeit haben. Bei der Strassenbahn ist es zweifellos eine Quelle des Defizits, dass der Tarif zu hoch ist, soweit es sich um kleinere Strecken handelt. Der Vorschlag auf Einführung des Zonentarifs, den wir wiederholt gemacht haben, ist immer wieder abgelehnt worden, obwohl es sicher möglich wäre, den Kurzfahrern entgegenzukommen. Es könnte dreierlei Tarife geben: einen 20 Groschentarif für eine einfache Fahrt, einen 26 Groschentarif für das einmalige Umsteigen und einen 32 Groschentarif für das beliebige Umsteigen. Allenthalben hört man auch Klagen über die ausserordentlich langen

Intervalle bei den Strassenbahnen und den ganz miserablen Verkehr. Dazu kommt noch, dass eine ganze Reihe von Linien ein- oder umgestellt worden sind. Da ist es nicht zu verwundern, wenn in der Bevölkerung allerhand Witze über die Strassenbahn kursieren. So wurde unlängst der Witz gemacht: Ein Wachmann findet auf dem Geleise der 9er Linie, ^{an der Strasse} ~~der~~ zwei Leibe Brot mit. Auf die Frage des Wachmanns, was er denn da mache, antwortet der Mann, ich warte nur auf den 9er Wagen und damit ich nicht verhungere, habe ich mir die zwei Leibe Brot mitgenommen (Heiterkeit bei de. Chr. soz.) Der Redner weist sodann darauf hin, dass auf der Strassenbahn nicht weniger als 21 Millionen Arbeitslose fahren, die gar nichts zahlen. Dagegen ist gewiss nichts einzuwenden. Aber eine solche Begünstigung dürfte nicht ausschliesslich auf Kosten des Unternehmens, sie müsste zumindest teilweise auf Kosten der Verwaltungsgruppe III gehen. GR. Holaubek führt sodann Beschwerde darüber, dass die Vorauszahlungen für Gas und Strom noch immer nicht zurückgezahlt sind, obwohl sie in keiner Weise begründet sind. Auch kein Geschäftsmann kann sich von seinem Kunden etwas vorausbezahlen lassen. Die Grundgebühren sind nichts anderes als eine fungierte Erhöhung der Strompreise und sie müssen endlich aufgehoben werden. Sehr zu beklagen vom Standpunkt des Arbeiters ist auch die übermässige Rationalisierung in den Gas- und Ewerken zumal diese unsozialen Methoden in keiner Weise den Gebarungsabgang günstig beeinflusst haben. Schliesslich verweist der Redner darauf, dass die Kosten für Betriebsmaterialien ^{der Ueberlandzentrale} um 512.000 Schilling höher sind als im Vorjahre, was sich daraus erklärt, dass die Kohle viel zu teuer bezahlt wird. Er erklärt, dass seine Partei den vorgelegten Berichten der städtischen Unternehmungen nicht zustimmen könne (Lebh. Beifall b. d. Chr. soz.)

GR. Pichler (natsdö.) bemerkt, die Sozialdemokraten, die sich bei ihren Misserfolgen immer auf die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage berufen, tragen an dieser Verschlechterung durch ihre verfehlte Gesamtpolitik selbst schuld. Die massgebenden Gemeindevertreter der Sozialdemokraten haben ja auch Sitz und Stimme im Haus der Weisen am Rind des 12. November, wo sie bewiesen haben, dass sie durchaus kein Verständnis für eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben, ja diese infolge ihrer jüdischen,

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am

verjudeten und grosskapitalistischen Einstellung . auch gar nicht wollen
Ihr Sozialismus bedeutet nur, dass der wirtschaftliche Vorteil des Einzelnen
auf Kosten der Gesamtheit gesichert werden soll, entgegen unserem Grund-
satz: Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Wir sind Ihnen auch sehr dankbar, dass
Sie sich in Ihren Berichten auf die Creditanstaltsaffäre berufen. Sie haben
ja selbst nichts dazu beigetragen, ihn zu verhindern, und Sie sind daher
mitschuldig daran, dass durch diesen Zusammenbruch unser ganzes Volk
ausgeplündert wurde. Der Redner befasst sich sodann mit dem Rechnungsab-
schluss der städtischen Unternehmungen und weist darauf hin, dass 6 städ-
tische Unternehmungen Bankguthaben von über 36 Millionen haben. Was ver-
anlasst die Sozialdemokraten bei den von ihnen manchmal doch angegriffenen
grosskapitalistischen Banken einen so horrenden Betrag zu hinterlegen und
welche Banken sind das? Bei der Postsparkasse haben die städtischen Unter-
nehmungen zum Beispiel nur Guthabungen von 569.000 Schilling und in der
Zentralsparkasse hatte die Strassenbahn Ende 1931 nur 62.000 Schilling
liegen. Diese grosse Bankguthabungen zeigen, dass die Sozialdemokraten
sehr viel Verständnis für die Bankdirektoren haben, die sie angeblich immer
so bekämpfen. Der Redner wünscht ferner Aufklärung, warum die Länderbank
noch immer den Gaskoks-verkauf in der Hand hat und warum ihn die Gemeinde
nicht selbst durchführt. Der Rechnungshofbericht spricht von einer sorg-
fältigen Bargeldgebarung. Wir zweifeln daran nicht, so weit es sich um Be-
amtete Angestellte des E Werkes handelt. Es ist uns aber zu Ohren gekommen,
dass seinerzeit ein Kassenvorstand des E Werkes plötzlich enthoben wurde.
Wir wünschen Aufklärung darüber. Was für uneinbringliche For-
derungen von 30.000 Schilling handelt es sich weiter in der Gewinn- und
Verlustrechnung der E Werke? Wir wollen hoffen, dass das nicht lauter
jüdische Konkursler sind. Bei den Grundgebühren für Strom zahlen die weniger
Begüterten darauf, während die Reichen ein gutes Geschäft machen. So muss
zum Beispiel ein kleiner Schneider in einer Wohnung, die aus Zimmer und Küch-
 besteht, für die Beleuchtung und zwei elektrische Bügeleisen S 2'25 zahlen,
der Inhaber einer Vierzimmerwohnung bezahlt aber nur 90 Groschen. Oder
in einem Hause in der Schweglerstrasse zahlt eine arme Frau bei einem
Stromverbrauch von 2 Kilowattstunden ohne Krisenzuschlag S 1'14 und 90
Groschen Grundgebühr. Das sind 78 Prozent des Strompreises. Im gleichen Haus
wohnt ein Mieter, der sich einen Stromverbrauch von 101 Kilowattstunden
leistet, dafür S 57'57 und auch nur eine Grundgebühr von 90 Groschen, das ist
etwa nur 1 Prozent bezahlt. Wo bleibt da Ihr Sozialismus und die Besteuerung
der Reichen? Machen Sie doch die Grundgebühr von der Wohnungsgrösse abhängig.
Das wäre weit gerechter. Uns interessiert weiter, was mit dem Zillingdorfer
Bergwerk geschehen ist. In einer Besprechung der städtischen Leichenbestattung
wünscht der Redner, dass die Leichenbestattung nicht von einem Juden geleit-
tet wird. Hinsichtlich der Strassenbahn spricht er den Wunsch aus, dass der
Anregung des Rechnungshofes, es möge auch am Personalaufwand der Strassenbah-
nen gespart werden, nicht Folge gegeben werde. Er erinnert ferner daran,
dass er im Ausschuss dem Vizedirektor der Strassenbahnen gebeten habe, seine
Eindrücke über die jüngst erfolgten Strassenbahnerwahlen bekanntzugeben.
Dass sich dieser aber als dazu nicht befugt erklärt habe. Vielleicht könnte
heute darüber Vizebgm. Emmerling einiges sagen. Wir haben schon im Juli d. d. h. s. s.
Jahres, also lange vor den Strassenbahnerwahlen, einen Dringlichkeitsantrag
eingebbracht, indem wir ^{vzz} Bürgermeister die Abstellung der Unzukömmlich-
keiten, die sich damals schon ereignet hatten, verlangten. Man hört auch noch
immer davon, dass unbezahlte Urlaubstage bei den Strassenbahnen kommandiert
werde, während erwünschte Pensionierungen nicht vorgenommen werden. Schlie-
lich verlangt der Redner, dass jetzt vor dem Winter den Anträgen der Natio-
nalsozialisten betreffend der Strom- und Gaspreismässigung für Arbeits-
lose und bezüglich der Aufhebung der Grundgebühr entsprochen werde. (Beifall
b. d. Nat. soz.).

RATHAUSKORRESPONDENZ

VIII. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

GR. Prinke (christl. soz.) weist darauf hin, dass auch die städt. Unternehmungen dank der Verwaltungskunst der Sozialdemokraten zum grossen Teil schwer notleidend geworden sind. Die Strassenbahnen haben einen Abgang von 8 Millionen Schilling. Es ist um 3.8 Millionen geringer als im Jahre 1930. Wenn man aber berücksichtigt, dass beim Personalerfordernis gegenüber 1930 allein 4.8 Millionen Schilling erspart wurden, so ergibt sich daraus, dass das Defizit in Wirklichkeit im Vergleich zum Jahre 1930 um 1 Millionen Schilling grösser ist. Die ungeheuren Opfer des Personals, eine 25 Prozentige Kürzung der Sonderzulagen, eine 3 Prozentige Erhöhung des Pensionsbeitrages, unbezahlte Urlaubstage, Intensivierung des Dienstes, Rationalisierung des Betriebs, u. s. w. ermöglichten eine günstigere Gebarung und trotz dieser Opfer ist das Unternehmen schwer notleidend geworden. Es rächt sich hier eben das System, das die Sozialdemokraten bei diesem Betrieb eingeführt haben. Die städt. Pensionskasse schuldet den Strassenbahnen 8.4 Millionen Schilling. Die Strassenbahner hatten ihr eigenes Pensionsinstitut, das bis zur Uebernahme der Verwaltung durch die Sozialdemokraten aktiv war. Diese haben die Pensionskasse der städt. Strassenbahnen zugrunde gerichtet, indem sie ihr andere städt. Bedienstete, die keine Beiträge für die Pensionsversicherung bezahlten, zugeführt haben. Der Rechnungshof erklärt, dass eine Sanierung dieser Kasse erfolgen muss, um die Belastung von dem Betrieb der Strassenbahnen abzuwälzen. Diese unbedingt notwendige Sanierung darf aber nicht auf Kosten des Personales gehen, denn dieses hat schon genug Opfer auf sich genommen. Seine Arbeitleistung wurde ungeheuer gesteigert und trotzdem kann man heute in Wien kaum mehr von einem geregelten grossstädtischen Strassenbahnverkehr sprechen. Der Frequenzrückgang, der als die Hauptursache hingestellt wird ist auch darin begründet, dass eben viele Leute die Strassenbahn nicht in Anspruch nehmen und lieber zu Fuss gehen.

Der Redner kommt nun auf die ^{letzten} Wahlen bei den städt. Strassenbahnen zu sprechen. Am 17. November hat die Arbeiterzeitung in grossen Lettern in die ganze Welt den Sieg des freien Gewerkschaftsverbandes hinposaunt. Wenn man das Resultat betrachtet, könnte man wirklich der Meinung sein, dass die Nichtsozialdemokraten unter den Strassenbahnern eine verschwindende Minderheit darstellen. Wenn wir aber näher untersuchen, wie diese Wahlen gemacht werden, wird uns das Resultat erst verständlich. Vor allem wurden in den Jahren 1922 bis 1928 fast durchwegs sozialdemokratische Vertrauenspersonen aus den Privatbetrieben zu den Strassenbahnen übernommen, um sie in einer festen Anstellung zu versorgen. Im Jahre 1931 wurden mehr als 700 Personen bei den Strassenbahnen pensioniert die zum grossen Teil Nicht-Sozialdemokraten waren. Die nichtsozialdemokratischen Strassenbahner werden auf entlegene Bahnhöfe transferiert, bei der Bewilligung der freien Tage hintangesetzt, wenn sie sich um eine Gemeindefwohnung bewerben, wird ihnen erklärt, nur wenn sie Mitglied der freien Gewerkschaft und der politischen soz. dem. Organisation sind, können sie eine Wohnung in den Gemeindefhäusern bekommen. Dazu kommt noch, dass die Sozialdemokraten, die Vorkämpfer des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes, den städt. Strassenbahnern das gleiche Wahlrecht genommen haben. (Zustimmung bei den Christl. soz.) Die Wahlordnung für die Strassenbahner enthält eine Bestimmung, dass zur Wahl Stimmzettel

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX. Blatt

Wien, am

zulässig sind, die den Stampiglienaufdruck der einzelnen Gewerkschaften tragen. Wenn nun die Wahl kommt, beginnt das Spiessrutenlaufen. Bei jedem Wagen, der auf einem Bahnhof ankommt, wird das Personal aufgefangen, sind die sozialdemokratischen Vertrauenspersonen mit ihren Stampiglien aufgestellt. Am Wahltag zeigt sich das selbe Bild. Unter diesem Druck gehen die Leute zu den Wahlen und man darf sich dann nicht wundern, wenn der Einzelne in seiner seelischen Verzweiflung dem Druck nachgibt und den Stimmzettel für die Freie Gewerkschaft abgibt. Auch der Unfug des Tragens von politischen Abzeichen im Dienste hat noch nicht aufgehört. Es ist der gemeinste Gesinnungsterror, der an den städt. Strassenbahnern geübt wird. (Lebhaftige Zustimmung bei den Christl. soz.) Im städt. Elektrizitätswerk, im städt. Gaswerk sind genau die selben Verhältnisse zu konstatieren. Trotzdem das Antiterrorgesetz es ausdrücklich verbietet, werden im Elektrizitäts- und Gaswerk Beiträge für die freien Gewerkschaften, für die soz. dem. politische Partei, für den Schutzbund, und für die kulturellen Organisationen noch immer von den Löhnen abgezogen. Den Nichtsozialdemokraten wird es unmöglich gemacht, ihre Gesinnung frei zu bekunden. Tun sie es demnach, so werden sie zu den niedrigsten Arbeiten verwendet. In den städt. Betrieben hat eben nicht der amtsführende Stadtrat, haben nicht die verantwortlichen Beamten das entscheidende Wort, sondern in erster Linie diktiert der sozialdemokratische Vertrauensmann. Am 12. November konnte man wieder beobachten, dass die Gebäude der städt. Unternehmungen, die der Allgemeinheit dienen sollen, nicht mit den Farben der Stadt oder der Republik Oesterreich, sondern mit der roten Farbe des Sozialismus geschmückt waren.

Die städt. Leichebestattung macht glänzende Profite; dieser Betrieb dient nicht der Allgemeinheit, sondern sein Bestreben ist nur darauf gerichtet, aus der Bevölkerung Profite herauszuschinden. Statt dass die Preispolitik der Wirtschaft angepasst würde, wird auch dieses Unternehmen genau so wie die anderen städt. Unternehmungen nach streng kapitalistischen Grundsätzen geführt. Hauptbedingung ist die Ausbeutung der Arbeitskraft, der Leitspruch ist die Ausbeutung der Bevölkerung. An dem Zusammenbruch mancher städt. Unternehmungen und Betriebe ist Ihr System schuld, ist schuld der Zusammenbruch der marxistischen Lehre. Soweit städt. Unternehmungen und Betriebe passiv sind, haben sie dies Ihrer Verwaltung zu verdanken, soweit sie aktiv sind, Ihrer kapitalistischen Führung. Mit dem Sterben der Wirtschaft in Wien, mit dem Zusammenbruch einzelner städt. Unternehmungen und Betriebe ist auch Ihr Parteidogma zusammengebrochen. Die Bevölkerung wird nicht trauernd an der Bahre stehen, sondern sie wird aus Ihrem Zusammenbruch neue Kraft schöpfen, um Ihre Misswirtschaft auszurotten. Wir werden dafür sorgen, dass Ihnen das Sterben leicht wird. (Beifall bei den Christl. soz.)

GR. Dr. Riehl (nat. soz.) bemerkt, es wäre lächerlich zu behaupten, dass die Wirtschaftslage von Wien ^{etwa} eine Folge der schlechten Verwaltung der derzeitigen Mehrheit wäre. Aber ich behaupte, dass das, was Sie sich in der Verwaltung leisten, doch eine Spezialität ist. Wenn wir vom rein kaufmännischen Standpunkt aus die Führung der einzelnen Unternehmungen betrachten, so müssen wir z. B. bei den Strassenbahnen feststellen, dass jede Anpassung der Verkehrsverhältnisse an die Bedürfnisse der Bevölkerung fehlt. Die Intervalle bei der Strassenbahn werden derart

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

X. Blatt

Wien, am

verlängert, dass kein Mensch mehr mit der Strassenbahn fährt. An dem Frequenzrückgang ist auch Ihr starres Festhalten an der Tarifpolitik vielfach schuld. Ich behaupte nicht, dass der 32 Groschen - Tarif für weite Strecken oder für Umsteigstrecken zu hoch wäre, aber es müsste doch für kleine und kleinere Strecken kein so hoher Tarif angewendet werden. Ihre Einwendungen gegen den Zonentarif sind ganz falsch. Wenn sich beim Autobusbetrieb der Zonentarif bis heute bewährt, warum soll er sich nicht bei der Strassenbahn bewähren? Der Redner kommt dann auf die Personalpolitik in den städt. Unternehmungen zu sprechen und erklärt, dass er es nur als Wichtigtuerei bezeichnen könne, wenn Vertrauensmänner mit der Stilllegung des Betriebes drohen, wenn ein paar Hakenkreuze zu Boden fallen. Auf den Sieg bei den letzten Strassenbahnerwahlen brauchen Sie sich nicht viel einzubilden. Bei der Aufnahme von Bediensteten erfolgt eine strenge Siebung, da wird verlangt, dass der Betreffende zwei Jahre bei der sozialdemokratischen Partei organisiert sein muss, da wird der Religionsausfritt verlangt und Mitgliedskarten vom Schutzbund, von den Kinderfreunden, u.s.w. Wird der Betreffende dann aufgenommen, wird er dann im Betrieb derart gegängelt, dass er aus der roten Atmosphäre garnicht herauskommt. Liest aber dann wirklich einer eine Zeitung einer anderen Richtung, dann bedeutet dies seinen wirtschaftlichen Tod. Wenn Bürgermeister Seitz stolz behauptet hat, er dulde keinen Terror, so wird dieses stolze Wort in der Praxis absolut nicht eingehalten. Da diktieren die Vertrauensmänner, die Schergen des Dienstgebers, die Einpeitscher des Unternehmens. Während bei den Bundesbahnen es keine Terrorfälle gibt, die zu Prozessen Anlass geben, so sind sie bei den Wiener städt. Strassenbahnen um so häufiger. Schon GR. Prinke hat die verschiedenen Mittel von Zuckerbrot und Peitsche angeführt, die Sie anwenden, um die Bediensteten kirre zu machen. Da haben Sie die berühmte A Klasse geschaffen, die finanziell sehr bedeutsam ist, eine sehr schöne Einrichtung. Sie ist aber bei Ihnen ausschliesslich ein politisches Zuckerl geworden, nicht für brave Dienste bei der Strassenbahn, sondern für brave Dienste bei der politischen sozialdemokratischen Partei. Das ist das Grausliche daran. Wir haben in der ganzen Organisation der Strassenbahner, einer nicht marxistischen Organisation nur einen einzigen, der die A Klasse hat, obwohl dort sehr viele ältere Bedienstete und solche sind, die x Belobungen haben. Es ist richtig, heute ist es Ihnen nicht mehr so möglich, die Leute von einem Strassenbahnhof zum anderen zu versetzen. Solange es Ihnen möglich war, haben Sie christliche und nationale Bedienste versetzt, nur um sie zu sekieren und kirre zu machen. Sie haben in früherer Zeit eine ganze Reihe von Mittel versucht, um die Entlassung und Disziplinierung von Leuten durchzuführen. Dort, wo die Direktion eingegriffen hat, konnte man sich vor dem Gewerbegericht dagegen wehren. Nun sind aber in der letzten Zeit gewerbegerichtliche Entscheide erflossen, wonach dann, wenn das Disziplinarkollegium, also die sogenannten Kollegen, in Wirklichkeit aber die ärgsten Feinde, weil sie die radikalsten Anhänger der entgegengesetzten politischen Partei sind, eine Entscheidung trifft, diese Entscheidung vom Gericht nicht überprüft werden darf. Daraus klug geworden, schleppt man jetzt jeden, den man loswerden will, vor die Disziplinatbehörde. Man schickt zum Beispiel eigene Lockspitzel aus, um Motorführer, die man hinausbringen will, dazu zu veranlassen, im Dienste zu sprechen. Ein Disziplinarverfahren wird angehängt, kommt es zweimal vor,

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XI. Blatt

Wien, am

ist der Mann ereldigt. Da ist ein Strassenbahner- es ist gewiss ungehörig- nach seinem Dienst in ein Wirtshaus gegangen und hat dann einen leeren Wagen, der ihm entgegengekommen ist, aufgehalten. Dass man diesen Mann vor die Disziplinarbehörde schleift und ihn dort mit Entlassung straft, einen Menschen, der 18 Dienstjahre und 2 Kinder zu erhalten hat. das ist nicht mehr Wahrung der Dienstesinteressen. Ich habe keine Ursache, die Strassenbahner, die sich seinerzeit für die Heimwehr begeistert haben, zu vertreten. Aber Gerechtigkeit für alle. Jedem, der den Heimwehrrhut getragen oder sich an Heimwehrdemonstrationen beteiligt hat, hat man etwas angehängt. Da hat Bürgermeister Seitz gesagt, unter seinem Regime gibt es keinen Terror. Entweder lässt sich der Bürgermeister zu einer so schönen rhetorischen Wendung hinreissen, um solche Marquis Posaansprachen zu halten, ohne sie dann einhalten zu können, oder man müsste den viel traurigeren Schluss ziehen, dass das so eine Art Komödiantenspiel war (Lebh. Beifall bei den Nat. soz.) Und noch einen Fall, der einen unseren besten Leute, einen wirklich ganz idealen Menschen betrifft, den Strassenbahner Graf. Jemand, der nur den Mut hat, sich als Spitzenkandidat auf der Strassenbahnerliste aufzustellen, muss imponieren. Das ist eine moralische Grösse, die von keinem unter uns erreicht wird, weil wir keiner so viel riskieren. Der Mann wurde sogar in seiner Wohnung angestekert. Die Frau, die herzleidend ist, wird schikaniert, ausserdem hat man dem Mann vor den Wahlen ein Disziplinarverfahren angehängt und ihn immer wieder vorgeladen, um ihn kirre zu machen. vielleicht dass, wenn schon nicht ihm, seine Frau der Herzschlag trifft. Das ist eine so bestialische Grausamkeit, dass alles das, was Sie manchmal an hohen marxistischen Feiertagen, an den zwei langen Tagen, die Sie eingeführt haben, am 1. Mai und 12. November von Unterdrückungen früherer Zeiten erzählen, ein Kinderspiel dagegen ist. Sie haben dem Mann zuerst 50 Einheiten gestrichen, dann wurde die Strafe zurückgezogen und ein Disziplinarverfahren eingeleitet, um nicht die Kompetenz des Gewerbegerichtes zu haben, dann ist man draufgekommen, es ist doch nicht möglich, den Mann zu pensionieren oder gar zu entlassen, und hat ihm durch 6 Monate einen 5prozentigen Abzug angehängt. Es gibt eine ganze Reihe ähnlicher Fälle. Da hat man einen anderen Mann Watzek der Kanzleischreiber durch 8 Jahre war zum Wächter versetzt. Der Mann muss unter grossen politischen Opfern seine politische Gesinnung bezahlen. Jüngst ist ein anderer, Josef Grossmann, auf dieselbe Art hinaus expediert worden. Wir stellen in diesem Zusammenhang folgende 2 Anträge: Der Bürgermeister wird aufgefordert, zu veranlassen, dass der bei den städtischen Strassenbahnen gegen alle nicht sozialdemokratisch gesinnten Angestellten herrschende Terror sofort abgestellt und alle aus politischen Gründen erfolgten Massregelungen nicht sozialdemokratischer Angestellter rückgängig gemacht werden; ferner eine sofortige strenge Untersuchung anzuordnen, über die anlässlich der am 16. November stattgefundenen Personalvertretungswahlen bei den städtischen Strassenbahnen vorgekommenen Wahlbeeinflussungen und schweren Unzukümmlichkeiten.

GR. Dr. Riehl bemerkt, dass er obwohl die Nationalsozialisten erst kurze Zeit dem Gemeinderat angehören, mit voller Objektivität

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XII. Blatt

Wien, am

tät die Rechnungsabschlüsse und die Berichte der städtischen Unternehmung behandle, da das Dinge sind, die zum Wohle der Bevölkerung geschaffen wurden und von denen Parteipolitik ferngehalten werden soll. Zum Beispiel gibt die Verwaltung des städtischen Brauhauses keinen Anlass zur Beschwerde. Allerdings muss man der Mehrheit, die immer erklärt, die Sozialdemokraten haben Licht, Luft und Sonne der Wiener Bevölkerung gebracht, vorhalten, dass nicht sie diese Unternehmung geschaffen habe, wie ja fast alle wichtigen Institutionen der Stadt aus der Aere Dr. Luegers stammen. Aber wir stehen nicht an zu erklären, dass das Brauhaus über eine gute Tradition verfügt, die sich seither auch erhalten hat. Es wäre nur zu hoffen, dass eine Verschlechterung, die in der letzten Zeit bemerkt werden konnte, nicht Fortschritte macht. Auch der Rechnungsabschluss der Leichenbestattung könnte, wenn man bloss die kommerzielle Seite betrachtet, ganz hübsch genannt werden. Aber eine städtische Leichenbestattung eignet sich nicht zum Geschäftemachen. Wenn ein solches Unternehmen überhaupt eine Berechtigung so überhaupt nur die, dass sie den Aermsten der Armen zugute kommen soll. Dann müsste man aber auch die Gebühren den Verhältnissen so anpassen, dass daraus kein Geschäft resultiert. Es wäre auch wünschenswert, dass von dem Direktor angefangen bis zu dem letzten Angestellten eine der bodenständigen Bevölkerung mehr angepasste Gestion in dem ganzen Betriebe platzgreifen würde. Unsere Bevölkerung ist in ihrer ungeheuren Mehrheit christlichen Bekenntnisses und sie wünscht, dass auch diejenigen die ihre Liebsten zu Grabe tragen Menschen sein, die nicht mit dem Parteibuch nachweisen müssen, dass sie konfessionslos sind. Dass ist gerade bei diesem Betrieb am allerwenigsten am Platze. Wir wünschen, dass die bei Bestattungen notwendige Pietät nicht durch ein sozusagen gewerkschaftliches Verhalten verletzt wird.

Zusammenfassend erklärt Dr. Riehl, was gut ist an den städtischen Unternehmungen hat die Mehrheit nicht geschaffen. Was schlecht ist und was schlechter geworden ist, das hat sie gleistet. Wenn Sie sich immer hinter den grossen Paravants verstecken, dass sei die Weltkrise. so geht das häufig ins Leere, denn deutsche Städte haben trotz der Krise mit einer gewissen Anpassung an die Notwendigkeiten der Zeit es trotzdem zustande gebracht, ihre Unternehmungen auf der Höhe zu erhalten. Die Wahlen in die Personalvertretung sind ein Kabinettstück sozialdemokratischer Auffassung von der Freiheit, wie Sie sie meinen. Wir werden diese Wahlen, die wir an und für sich anfechten und deren Ungültigkeit wir entschiedenst behaupten, nicht ruhig hinnehmen. Wir werden sie der ganzen Bevölkerung vorführen als ein Zeichen, wie die sogenannte Demokratie aussieht, wenn sie von Ihnen gehandhabt wird. Dass ist keine Demokratie, sondern nur eine Verschleierung einer nackten Diktatur, es ist das nacktste Terror, der zu verhüllen gesucht wird, durch eine schleimige Heuchelei. (Lebh. Beifall b. d. Nat. soz.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIII. Blatt

Wien, am

Vizebürgermeister Emmerling erinnert gegenüber den Behauptungen, dass die städt. Unternehmungen nach kapitalistischen Methoden geführt werden, daran, dass diese Unternehmungen auf der Selbstkostendeckung aufgebaut sind und dass es keine kapitalistische Methode ist, die Selbstkostendeckung zur Grundlage des Geschäftes zu machen. Unter Lueger mussten die städt. Unternehmungen mehr als 30 Millionen Goldkronen an die Honorsverwaltung abliefern, aber nicht aus Ueberschüssen, die sich ergeben haben, sondern diese Ueberschüsse mussten in die Tarife einkalkuliert werden. Das System der Selbstkostendeckung drückt sich in den Tarifen aus. Man zeige uns eine Stadt, die einen so niedrigen Gastarif, einen so niedrigen Stromtarif, einen so sozialen Strassenbahntarif hat! Wenn gesagt wurde, dass alle Unternehmungen mit ungeheuren Abgängen abschliessen, so ist ausdrücklich festzustellen, dass alle Unternehmungen mit Ausnahme der Strassenbahnen Ueberschüsse haben. Berücksichtigt man die Abschreibungen und Rücklagen, so gewinnt man ein anderes Bild von den Stand der städt. Unternehmungen. Hätten die städt. Strassenbahnen im Jahre 1913 solche Rücklagen gemacht, wie wir sie in dieser schweren Zeit machen, so hätten sie statt eines Gewinnes von 3.2 Millionen Goldkronen einen Verlust von 2.2. Millionen ausweisen müssen. Zu der Bemänglung der Vorauszahlungen ist zu bemerken, dass, wenn man sie den Unternehmungen wegnehmen würde, man ihnen ein Betriebskapital, das zu verzinsen wäre, zur Verfügung stellen müsste. Auch früher bestanden bei den Unternehmungen solche Vorauszahlungen, nur hiessen sie damals Kautionen. Im Uebrigen gibt es auch beim Telefon solche Vorauszahlungen. Es wurden auch die Grundgebühren beim Gas- und Strombezug bemängelt und mit den Arbeitslosen in Zusammenhang gebracht. Eine Fürsorge, die sich in einem Betrag von 1.7 Groschen pro Tag ausdrückt, ist ein kennzeichnendes Beispiel von Demagogie. (Beifall bei den Soz. dem.) Redner stellt ausdrücklich fest, dass in den städt. Unternehmungen keinerlei Abzüge vom Lohn oder Gehalt für Parteizwecke vorgenommen werden. Wenn solche Sachen berichtet werden, so ist dies falsch. Bei der Kritik der städt. Strassenbahnen wurde nicht berücksichtigt, dass der Abgang nur unter Anrechnung der Investitionsbeträge zu erklären ist. Es wurde auch diesmal die Einführung des Zonentarifes verlangt, wenn sie auch keine solche Rolle gespielt hat, wie in den früheren Jahren. (Widerspruch bei den Christl. soz.) Wenn man bedenkt, dass wir für Kinderkarten nur 6 Groschen verlangen, dass wir Wochen- und Rückfahrkarten eingeführt haben, wo der durchschnittliche Fahrpreis nicht ganz 16 Groschen ausmacht, und wenn man schliesslich das Verkehrsnetz von Wien in Betracht zieht, so muss man zu der Ueberzeugung kommen, dass ein Zonentarif nicht möglich ist.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIV. Blatt

Wien, am

Herr GR. HOLAUBECK hat in seinen Ausführungen eine einzige Linie, die 9 er Linie herausgegriffen. Die Intervalle sind dort 5 bis 8 Minuten, längere gibt es nicht. Wenn hier von den letzten Strassenbahnerwahlen gesprochen worden ist, so kann ich nur erklären, dass sie Sache des Personales sind und wir darauf keinen Einfluss nehmen. (Zurufe bei der Minderheit: Die reinste Unschuld!) Was die städt. Leichenbestattung anbelangt, so ist festzustellen, dass sie im schärfsten Wettbewerb mit den privaten Leichenbestattungen steht. Wir haben im letzten Jahre allein 1572 Gratisleichen gehabt, eine Belastung, die die privaten Leichenbestattungen nicht haben. Zu den Ausführungen des GR. Dr. RIEHL sagt der Redner, dass es noch keine Zeitung gegeben hat, die so fix war wie die DÖTZ, denn diese hat die heutige Rede des Herrn Dr. RIEHL schon gestern gebracht. (Heiterkeit bei den Soz. dem.) Schliesslich verweist Vizebürgermeister EMMERLING auf die Not der deutschen Städte, die alle ihre Unternehmungen abgeben müssen, um zu Geld zu kommen, da sie unter der drückenden Schuldenlast immer mehr versinken. Herr GR. PRINKE hat uns eine Grabrede gehalten; Ich kann nur darauf sagen, wem man den Tod redet, der lebt lange. (Beifall bei den Soz. dem.)

Die Rechnungsabschlüsse der städt. Unternehmungen werden genehmigt, die Anträge Dr. RIEHL abgelehnt.

Bgm. SEITZ spricht sodann anlässlich der Verabschiedung der Rechnungsabschlüsse dem Rechnungshof, dem Kontrollamt, den dort und in der Verwaltung mit den Rechnungsabschlüssen befassten Beamten den Dank des Gemeinderates aus (Lebh. Beifall).

Bgm. SEITZ: Es ist den Mitgliedern des Gemeinderates bekannt, dass STR. BREITNER auf seine Funktion als Mitglied des Stadtsenates und als amtsführender Stadtrat verzichtet und dass er den Wunsch ausgesprochen hat, es möge dieser Verzicht zur Kenntnis genommen werden anlässlich der Beendigung der Debatte über den Rechnungsabschluss, den er hiet noch zu vertreten für seine Pflicht erachtet hat. Ich nehme diesen Verzicht des Herrn STR. BREITNER zur Kenntnis und sage kein Wort mehr; als wir danken ihm für seine mehr als ein Jahrzehnt lange Arbeit in Dienste der Gemeinde Wien. (Stürmischer anhaltender Beifall und Handklatschen bei den Sozialdemokraten).

Es wird hierauf zum Stadtrat und zum amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe II Gemeinderat Dr. ROBERT DANNEBERG gewählt. (Stürmischer Beifall und Handklatschen bei den Sozialdemokraten).

Auf die Frage des Bürgermeisters erklärt Dr. DANNEBERG die Wahl anzunehmen.

Dr. DANNEBERG leistet sodann das Gelöbnis.

Während des Gelöbnisaktes entfernen sich die natsoz. Gemeinderäte von ihren Sitzen und begeben sich in den rückwärtigen Teil des Sitzungssaales.

Bgm. SEITZ begrüsst Stadtrat DANNEBERG in seiner neuen Funktion auf das Herzlichste (Lebhafter anhaltender Beifall b. d. Sozialdemokraten).

GR. HIESS referiert hierauf über Subventionen an die Feuerwehren Nasswald und Liesing im Betrage von je 100 Schilling, an die Gemeinde St. Andrä an der Traisen für die Wiederherstellung des Traisenweges im Betrage von 200 Schilling an den Ortsschulrat der Gemeinde Ybbs a. d. D. zur Durchführung einer Winteraktion für bedürftige und unterernährte Schulkinder im Betrage von 50 Schilling und über die Zuerkennung eines

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

XV Blatt

Wien, am

Ehrenpreises von 500 Schilling an die Vereinigung bildenden Künstlerinnen Oesterreich.

GR. Gratzenberger (nat. soz.) beantragt, die Subvention an die Gemeinde Ybbs auf 200 S zu erhöhen (Beifall bei den Nat. soz.)

Referent Hiess spricht sich gegen diese Erhöhung aus, da die Gemeinde Ybbs selbst nur einen Betrag von 50 Schilling beansprucht hat.

Der Referentenantrag wird angenommen, der Antrag Gratzenberg abgelehnt.

GR. Jalkotzy (soz. dem.) referiert über den Antrag: die Wahlperiode der derzeitigen Fürsorgeinstitute wird bis 31. Mai 1933 verlängert. Die derzeitigen Fürsorgeräte und - Funktionäre behalten ihr Amt bis zum Amtsantritt der neugewählten Fürsorgeräte und - Funktionäre. Er führt dazu aus: Die Wahlperiode der im Jahre 1927 gewählten Fürsorgeräte läuft am 31. Dezember d. J. ab und die Bezirksvertretungen werden verpflichtet, die Neuwahl vorzunehmen. Es handelt sich um ca 6600 Fürsorgeräte, die neue zu wählen wäre. Nun sind die Fürsorgeinstitute mit den wichtigsten Vorarbeiten für die Winterhilfe ausserordentlich beschäftigt und auch die sehr gesteigerte Fürsorgetätigkeit gibt in den Fürsorgeinstituten genug Arbeit. Eine ungestörte Fortführung dieser Arbeiten, und zwar auch in persönlicher Hinsicht, ist die dringendste Notwendigkeit dieser Zeit. Es wäre der Fürsorgearbeit nicht zuträglich, wenn man jetzt grössere personelle Auswechslungen vornähme.

STR. Frauenfeld (nat. soz.) bemerkt, der in Frage stehende Antrag stelle einen Willkürakt dar, der alles bisher Erlebte so ziemlich in den Schatten stellt. Um den Parteileuten die Pfründe auf ein weiteres halbes Jahr zu erhalten, soll hier die Winterhilfe missbraucht und ein selbstverständliches Recht gebogen werden.

In den letzten 3 Tagen wurde von den nationalsozialistischen Rednern eine ganze Reihe von Missbräuchen auf dem Gebiete des Fürsorgewesens aufgezeigt, aber weder Herr Breitner, noch Herr Tandler haben es für nötig befunden, zu diesen konkreten Fällen Stellung zu nehmen, weil sie einfach nicht zu widerlegen sind. Er müsse auch seinem Befremden darüber Ausdruck verleihen, welcher Kontrast zwischen den immer wieder eingebrachten demonstrativen Anträgen der Christlichsozialen und ihrer gegenwärtigen Interesslosigkeit an dieser Sache besteht. Auch im vorigen Jahre haben sich viele national gesinnte Kreise in dieser Stadt genötigt gesehen, eine selbstständige Winterhilfeaktion durchzuführen, weil der ganze Fürsorgeapparat parteipolitisch funktioniert hat. Gerade darum müssen die Nat. soz. verlangen, dass den mindestens 800 bis 900 Fürsorgeräten, die auf sie entfallen werden, die Möglichkeit geboten wird, eine entsprechende Tätigkeit zu entfalten. Der Redner stellt den Antrag: Der Gemeinderat wolle beschliessen: Der Antrag des Stadtsenates wird abgelehnt, die Wahlperiode der derzeitigen Fürsorgeinstitute ist mit 31. Dezember 1932 beendet, die Wahl für die neuzuwählenden Fürsorgeräte ist so festzusetzen, dass diese ihr Amt spätestens mit 1. Jänner 1933 antreten können. (Beifall bei den Nat. soz.)

GR. Weikert (nat. soz.) führt aus, dass die Pflegebeiträge und andere Unterstützungen in den Räumen der Fürsorgeinstitute von den Gemeindevacheuten nicht selten mit dem Gummikittel verabreicht werden. In der vorigen Woche sei ein armer Schlucker, der nur einen Stempel auf seine Karte wollte, brüsk abgewiesen, von einem Gemeindevachmann in eine Zelle gesteckt und dort halb tot geschlagen wurde. (Pfeif-Rufe bei den Nat. soz.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVI. Blatt.

Wien, am

Einer Witwe mit 7 Kindern wurde der Fürsorgebeitrag um 40 Prozent gekürzt. Seine Partei werde darauf sehen, dass die Waggon Kohle, die für die Winterhilfe gespendet werden, nicht wieder in Partei- und Vereinsheimen verbraucht werden, sie werde auch alle anderen Misstände zu beheben trachten. Er appelliert an den Bürgermeister, diesen Gesetzesbruch nicht zuzulassen und die Minderheit nicht vergewaltigen zu lassen. Sollte der Antrag des Stadtsenates angenommen werden, so würde dies zeigen, dass die Worte des Bürgermeisters keine Geltung haben. (Beifall bei den Parteigenossen.)

GR. Dr. Riehl (nat. soz.) erklärt, dass die Politisierung der Verwaltung scheusslich ist. Noch scheusslicher ist die Politisierung der Fürsorge. Wenn Sie den Antrag, den Sie heute vorgelegt haben, annehmen, so brechen Sie damit über die Demokratie den Stab. Ihr Antrag bedeutet nichts anderes als die Einführung der Erbllichkeit der demokratischen Majestät. Die nationalgesinnte Bevölkerung Wiens hat genügend vorgebildete Menschen, die sich in ganz kurzer Zeit in die betreffenden Wissens- und Arbeitsgebiete einführen können. Ihre Absicht aber ist, die nationalgesinnte Bevölkerung einfach von allem auszuschliessen. Wir werden es nicht verabsäumen, Sie in den künftigen Wochen und Monaten für Alles verantwortlich zu machen, was Sie sich auch auf dem Gebiete der Fürsorge leisten. (Beifall bei den Nat. soz.)

GR. Neumann (nat. soz.) erklärt, dass die Ausrede auf die Winterhilfe lächerlich ist. Die Bevölkerung Wiens hat bei den letzten Wahlen nicht nur den Gemeinderat der Stadt Wien und die Bezirksvertretungen gewählt, sondern sie hat auch durch den Stimmzettel ausgesprochen, wie die Fürsorgeratstellen besetzt werden sollen. Die letzten Fürsorgeratswahlen haben am 20. Oktober 1927 stattgefunden, sie müssen daher unserem Antrage gemäss sofort durchgeführt werden.

GR. Dr. Sucherwirth (nat. soz.) bemerkt, dass sowohl Demokratie wie Faschismus, gegen den die Mehrheit den Kampf führt, sich an die Gesetze zu halten haben und es bestehen bestimmte Beschlüsse darüber, wann die Fürsorgeräte zu erneuern sind. Gerade anlässlich der Winterhilfe ist es nötig, Ihre Tätigkeit zu überwachen und uns der Leute anzunehmen, für die Sie kein Herz haben, da Sie alles nur nach parteipolitischen Gesichtspunkten beurteilen. Die Sozialdemokraten sind nur dort Demokraten, wo es sich darum handelt Vorteil zu erlangen, in Wirklichkeit sind sie aber Terroristen übelster Art. (Lebh. Beifall b.d. Nat. soz.)

GR. Dr. Hanke (nat. soz.) bezeichnet den Referentenantrag als eine Sünde gegen die Demokratie. Demokratie ist ein streng umrissener Begriff an dem nichts zu deuteln ist. Man hat ^{auch} die Nationalsozialisten, als sie in das politische Leben eingetreten sind, auf den Weg der Verfassung und des Gesetzes verwiesen. Gesetze und Beschlüsse müssen auch für Sie Geltung haben. Der Redner zitiert sodann Aussprüche des Referenten über die Demokratie.

Bgm. Seitz ruft den Redner zur Sache.

GR. Hanke setzt hierauf seine Zitate fort, worauf er vom Bgm. Seitz aufmerksam gemacht wird, dass die Frage der Verlängerung der Wahlperiode der Fürsorgeräte auf der Tagesordnung stehe und dass theoretische Erörterungen über die Frage der Demokratie und andere politische Formen zu diesem Gegenstand nicht gehören.

GR. Weikert (nat. soz.) (zum Bürgermeister): Jetzt haben nicht Sie, sondern der Dr. Hanke zu reden.

Bgm. Seitz ruft den GR. Weikert zur Ordnung und ersucht den GR. Hanke neuerlich, sich an die Sache zu halten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVII .Blatt

Wien, am

GR. Hanke : Auch die "Mehrheit muss sich in den Rahmen der Demokratie einfügen, es ist lächerlich, wenn sie die Demokratie interpretieren will (Lebh. Beifall b. d. Nat. soz.)

GR. Griessler (nat. soz.) bemerkt, ^{durch die} Verschiebung der Wahl der Fürsorgeräte beweise die Mehrheit nur, wie gross die Angst ist, die sie vor den Nationalsozialisten hat (Beifall b. d. Nat. soz.)
Wie notwendig es wäre, die Tätigkeit der Sozialdemokraten in der Fürsorge zu kontrollieren, zeigen einige Fälle. Eine Genossin bekommt, obwohl sie im Verdienst steht, 300 S und für ihre Kinder 200 S. Ein anderer Genosse, der auch im II. Bezirk wohnt, hat eine Unterhaltsrente von 46 S, seine Frau eine Pfründe von 24 S, sein Sohn, der bei ihm wohnt, verdient 60 S und dessen Frau 300 S. Trotzdem haben beide eine Fürsorgerente (Zwischenrufe). Die beiden Söhne eines Strassenbahners im II. Bezirk haben die Winterhilfe bezogen, obwohl der Vater im Verdienst steht, der einer dieser Söhne ist arbeitslos, der zweite ist Eintänzer in einer Bar. In der Leopoldstadt gibt es eine ganze Reihe jüdischer Fürsorgeräte, die für die arische Bevölkerung nichts übrig haben. Die Schiebung, die Sie da vornehmen, ist ein ganz gemeiner jüdischer Dreh.

Bgm. Seitz ruft den GR. Griessler zur Ordnung.

GR. Griessler protestiert energisch gegen die Verschiebung der Wahl (Lebh. Beifall bei den Nat. soz.)

GR. Pichler (nat. soz.) bezeichnet die Verschiebung der Wahl der Fürsorgeräte als einen Faustschlag in das Gesicht der Gerechtigkeit und den Antrag des Stadtsenates als eine Schiebung gemeinster Art.

Bürgermeister Seitz ruft den Redner zur Ordnung.

GR. Hölzl (nat. soz.) verweist auf das zwiespältige Verhalten der Sozialdemokraten, die im Nationalrat die Vornahme von Neuwahlen verlangen, weil der die Zusammensetzung des Nationalrates nicht mehr dem Willen der Bevölkerung entsprechen, während sie hier das berechtigte Verlangen der Nationalsozialisten ablehnen. Dies sei eine Kleberei von geradezu beschämender Art. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Abg. Kunschak (christl. soz.) wendet sich, um jeder Legendenbildung vorzugreifen, gegen die in der Öffentlichkeit auftauchte Behauptung, dass in dieser Frage eine Vereinbarung zwischen der christlichsozialen und sozialdemokratischen Partei vorliege. Es ist von uns weder eine Vereinbarung gefordert worden, noch sind wir eine solche eingegangen. Es wurde uns lediglich vor kurzem mitgeteilt, es bestünde der Plan, die Wahl der Fürsorgeräte mit Rücksicht auf die Winterhilfe zu verschieben. Wir haben uns diesem Argument nicht verschlossen, weil wir der Meinung sind, dass mehr als in jeder anderen Zeit es darauf ankomme, dass die Hilfsaktionen in diesem Winter klaglos funktionieren. Von diesem

Gesichtspunkte ausgehend haben wir unbekümmert um die parteipolitischen Differenzen als karitative, als religiöse und als gewerkschaftliche Organisationen uns voriges Jahr vorbehaltlos in den Rahmen der Winterhilfe gestellt und wir tun es auch heute, um die Katastrophe, die über viele Menschen gekommen ist, zu überwinden. Das hat mit politischen Erwägungen nichts zu tun (Rufe bei den Nat. soz. : Aber mit Pfründen !) und schon garnichts zu tun mit einem Kleben an Mandaten oder gar an Pfründen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVIII. Blatt

Wien, am

Es gibt über 6000 Menschen, die in der Armenfürsorge tätig sind, und es gibt darunter sicherlich Leute, die nicht würdig, Fürsorgeräte zu sein. Wo wir solche Fälle erkannt haben, haben wir sie rücksichtslos der Öffentlichkeit übergeben und ich muss gestehen, dass STR. Tandler jedesmal für die Entfernung solcher Leute aus dem Amte Sorge getragen hat. Die grosse Masse der Fürsorgeräte, sie mögen welcher Partei immer angehören, übt das undankbarste Amt aus, das man sich überhaupt denken kann, (Zustimmung bei den Christl. soz. und Soz. dem.) ein Amt, das immer undankbarer wird, weil die Menschen in ihrer Not immer unduldsamer werden. Ich möchte auch darauf aufmerksam machen, dass der Fürsorgerat von vorneherein nicht nach Parteien aufgestellt werden, sondern sie bekommen von vorneherein ihre Sprengel und müssen sich ohne Rücksicht auf die Partei als Freunde und Helfer der Armen betätigen. (Beifall bei den Christl. soz. und Soz. dem.) Es wäre ein ganz neuer Grundsatz, dass es Fürsorgeräte gibt, die die Aufgabe haben, sich ihrer Parteigenossen anzunehmen. Wir sind der Meinung, dass hinsichtlich der Winterhilfe alles vorgekehrt werden muss, was deren gute Funktion gewährleistet. Aus diesem Grunde haben wir gegen die Verschiebung der Wahlen keine Einwendungen erhoben. (GR. Rotter (nat. soz.) : Wenn es sich um Nationalsozialisten handelt, sind sie alle einig !) Sie mögen sich sehr viel einbilden, aber wenn Sie glauben, dass wir aus Angst vor Ihnen mit den Sozialdemokraten einig sind, dann sind Sie in einem grossen Irrtum. (Beifall bei den Christl. soz.) Die sozialdemokratische Mehrheit hat der Bevölkerung gegenüber die Verantwortung zu tragen für den Antrag, den sie heute hier stellt. Wir halten uns mit Rücksicht auf seine Begründung nicht für berechtigt, gegen den Antrag zu stimmen, wir sind aber auch nicht verpflichtet, für ihn zu stimmen, weil wir an der Verwaltung nicht teilnehmen. (Lebhafter Beifall bei den Christl. Soz.)

GR. Jalkotzy (soz., dem.) bemerkt in seinem Schlusswort, man erkenne die wilden Wölfe von einstmals nicht mehr, die heute wie friedliche Lämmer hier weiden und sich so für die Demokratie einsetzen. Das haben sie offener von ihrem grossen Vorbild her (Lebh. Beifall b. d. Soz., d. r. Zwischenrufe) Sie sprechen soviel von der Gewalt der Demokratie. Ja, eine solche Gewalt der Demokratie gibt es und muss es geben, sonst wäre ja die Demokratie einer so liebewürdigen Gesellschaft gegenüber, wie Sie es sind, wehrlos. Alles das steht aber bei diesem Antrag nicht zur Diskussion, es handelt sich hier um eine Frage der Zweckmässigkeit und deshalb bitte ich den Referentenantrag anzunehmen und den Antrag Frauenfeld abzulehnen (Lebh. Beifall b. d. Soz., dem.)

Der Referentenantrag wird hierauf angenommen, der Gegenantrag Frauenfeld abgelehnt.

Es liegen zwei Anträge vor auf Besprechung von Interpellationen in der heutigen Sitzung, deren Beantwortung bereits erfolgt ist.

Zur Frage der Dringlichkeit der Besprechung der einen Interpellation weist

GR. Dr. Riehl (nat. soz.) darauf hin, in einer Anfragebeantwortung des Vizebgm. Emmerling leugne dieser, dass tatsächlich in Wien eine Anzahl fremder meist slowakischer Landarbeiter bei den Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft beschäftigt ist, und er beauftragt sich darauf, dass eine Umschulung stattfindet, die in Zukunft ermöglichen ^{mit inländischen} mit inländischen Arbeitskräften das Auslangen zu finden. Mit Rücksicht auf die grosse Arbeits-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIX. Blatt

Wien, am

Arbeitslosigkeit insbesondere unter den Jugendlichen hätten schon längst die notwendigen Vorarbeiten getroffen werden müssen und es wäre die höchste Zeit, inländische Arbeitskräfte heranzuziehen um die Arbeitslosigkeit der Jugend zu bekämpfen.

Der Antrag auf Besprechung der Interpellationsbeantwortung wird abgelehnt.

Zur Frage der Dringlichkeit der Besprechung einer zweiten Interpellationsbeantwortung verweist GR, Dr. Suchenwirth (nat. soz.) darauf, dass es sich um eine Anfrage an den Bürgermeister handle, ob ihm die Verhältnisse beim Verlag "Jugend und Volk" bekannt sind. In diesem Verlag habe eine ganze Reihe von Vertrauenspersonen der sozialdemokratischen Partei so auch Präsident Glöckel einen namhaften Verdienst, da dieser Verlag das Monopol der Belieferung der Schulen mit Schulbüchern hat. Präsident Dr. Glöckel bekleidet in diesem Verlag die Stelle eines Präsidenten des Verwaltungsrates. Die Beantwortung auf diese unsere Anfrage geht über die wichtigsten Punkte hinweg. Nun wissen wir, dass die Sozialdemokraten jede Gelegenheit wahrnehmen, um ihre Vertrauensmänner mit reich dotierten Stellen zu versorgen. Wir haben in der Sache in der ersten Sitzung des Stadtschulrates einen Antrag gestellt, dieser wurde aber vom Bürgermeister nicht zur Verhandlung gestellt. In dem Verlag betätigt sich auch der Herr Fadrus, der, weil er im Ministerium unbeschäftigt war, in den Stadtschulrat übernommen wurde. Dieser Herr Fadrus hat sich nun folgendes geleistet. Er hat in einem seiner Bücher von den zwei Gedichten Goethes "Wanderers Sturmlied" von denen das zweite bei Goethe den Zusatz hat "ein gleiches" weil es ebenein zweites Gedicht ist, dass erste dieser Gedichte nicht abgedruckt, wohl aber das zweite und ihm den Zusatz "ein gleiches" hinzugefügt (Heiterkeit bei den Nat. soz. → GR tin. Deutsch Krammer (soz, dem) Aber Herr Professor, Sie wissen ja gar nicht, dass das Gedicht von Goethe nicht den Titel hat "Wanderers Sturmlied" sondern "Wanderers Nachtlied". (Lebhafte Heiderkeit und Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: Da ist Ihnen was schönes passiert, Herr Professor). Andauernde Zwischenrufe). Es ist notwendig, diese Angelegenheit des Verlags "Jugend und Volk" zu besprechen, weil die Bevölkerung ein Gefühl für Reinlichkeit hat und verlangt, dass Schule und Geschäft nicht verbunden werden soll. Hier wird in einem Korruptionsherd hineingeleuchtet (Lebhafter Beifall bei den Nat. soz. - andauernde Zwischenrufe)

Bgm. Seitz: GR Suchenwirth versteht, obwohl ich mich bemüht habe, ihm in der Interpellationsbeantwortung den Sachverhalt ein wenig näher zu bringen noch immer nicht, um was es sich hier handelt. Die Gemeinde hat diesen Verlag gegründet und hat auch noch andere aus dem Titel ihres besonderen Verständnisses für den Buchhandel zur Beteiligung herangezogen und wie in allen Städten, in denen solche Institutionen von der Gemeinde gegründet werden; der betreffende Chef der Schulverwaltung, der ja die Dinge versteht von der Gemeinde zu ihrem Vertreter in einem solchen Verlag bestellt wird, so ist auch von der Gemeinde Wien; Präsident Glöckel, zum Präsidenten des Aufsichtsrates bestellt worden. Auf der anderen Seite hat der Teilhaber aus dem Buchhandel einen kaufmännischen Sachverständigen in die Gesellschaft entsendet. Dr. Suchenwirth versteht offenbar diesen Sachverstand nicht und konstruiert eine Verbindung zwischen Schule und Geschäft, während es sich hier um eine Gemeindeinstitution handelt.

Wegen der von GR, Suchenwirth gebrauchten Ausdrücke rufe ich ihn zur Ordnung.

Die dringliche Behandlung der Interpellationsbehandlung in der heutigen Sitzung wird abgelehnt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XX. Blatt

Wien, am

Es wird zur Behandlung der Dringlichkeitsanträge geschritten.

Die Gemeinderäte Neumann, Rotter und Genossen (nat. soz.) stellen einen Dringlichkeitsantrag, wonach von den Geldbezügen der Gewählte Funktionären der Gemeinde Wien, unter was immer für einen Titel dieselben zur Auszahlung gelangen, zu der Zeit vom 1. Dezember 1932 bis einschliesslich 30. April 1933 ¹⁰ von hundert der Aktion Winterhilfe zu überweisen sind.

GR. Neumann (nat. soz.) erklärt, die Dringlichkeit des Antrages sei schon dadurch begründet, dass die unaufhaltsame Verschlechterung der Wirtschaftslage eine fortwährende Steigerung der Not und des Elendes bedingt. Die Nationalsozialisten haben es der Mehrheit, die sich sozial nennt, sehr leicht gemacht, indem sie nur einen geringen Abzug von den Bezügen vorgeschlagen haben, und sie hoffen deshalb, dass der Antrag auch die Genehmigung der sozialdemokratischen Gemeinderäte finden wird. (Beifall bei den Parteigenossen).

Bei der Abstimmung wird diesem Antrage die dringliche Behandlung nicht zuerkannt. (Zwischenrufe bei den Nat. soz.)

Bürgermeister Seitz : Es ist vollkommen klar, dass jeder öffentliche Funktionär ^{in dieser Zeit} sehr genau weiss, was er in dieser Sache selbst zu tun hat.

Die Gemeinderäte Frauenfeld und Schaffer (nat. soz.) verlangen in einem Dringlichkeitsantrag, eine Aenderung der Geschäftsordnung in dem Sinne, dass ein Dringlichkeitsantrag durch den Schriftführer der Partei, der der Antragsteller angehört, bzw. durch den Vorsitzenden, wenn ein Schriftführer nicht bestellt oder dieser verhindert ist, zur Gänze zu verlesen ist.

STR. Frauenfeld bemerkt, die Dringlichkeit dieses Antrages ergebe sich für jeden, der am Schlusse der gestrigen Sitzung anwesend war, wo man feststellen konnte, dass auch stilistisch richtige Anträge infolge der mangelhaften rhetorischen Fähigkeiten des Vorsitzenden mit oder ohne Absicht so vorgebracht worden sind, dass die Mehrheit sie nicht verstehen konnte. Da unsere Gutmütigkeit allgemein bekannt ist (Lebhaftes Heiterkeit), würde es uns sehr peinlich berühren, wenn sich ähnliche lächerliche Dinge auch weiter ereignen würden. (Beifall bei den Parteigenossen).

Dem Antrage wird die dringliche Behandlung nicht zuerkannt.

Die Sitzung wird hierauf um 1/4 11 Uhr nachts geschlossen.